

Schwerzmann: «Wir müssen weiter sparen»

Finanzen Marcel Schwerzmann lobt CVP, SVP und FDP für ihre «hervorragende Arbeit» vor der Budgetdebatte. Die linken Parteien dagegen geht der parteilose Finanzdirektor ausgesprochen hart an. Und: An höhere Steuern denkt der 52-Jährige vorerst nicht.

Interview: Lukas Nussbaumer
lukas.nussbaumer@luzernerzeitung.ch

Der Kanton Luzern hat ein rechtskräftiges Budget für 2018, und er kann sich auf einen genehmigten Aufgaben- und Finanzplan bis 2021 stützen (Ausgabe von gestern). Das freut Finanzdirektor Marcel Schwerzmann. Klar ist für den 52-jährigen parteilosen Regierungsrat, dass Luzern vorerst weiter sparen muss: Der Volksentscheid von Ende Mai gegen höhere Steuern sei «zu akzeptieren». Ganz tabu ist ein höherer Steuerfuss für Schwerzmann jedoch nicht.

Marcel Schwerzmann, sind Sie mit den Ergebnissen und dem Verlauf der Finanzdebatte zufrieden?

Mit dem Ergebnis bin ich sehr zufrieden. Der Kantonsrat hat das Budget ohne Änderungen verabschiedet und mit der Diskussion des Finanzplans den Weg für den nächsten Voranschlag

vorgespart. Im Klartext: Der Kanton muss sich auf die Kernaufgaben konzentrieren, seine Leistungen priorisieren und auf nicht zwingend notwendige Leistungen verzichten, solange der Finanzhaushalt nicht im Gleichgewicht ist. Daran müssen sich die Regierung und der Kantonsrat gleichermassen messen lassen.

Das Parlament wollte die Dividendenbesteuerung nicht erhöhen, die CVP droht beim geplanten Wegfall des Eigenbetreuungsabzugs mit dem Referendum. Sie haben offensichtlich Mühe, mehrheitsfähige Vorschläge auf der Einnahmenseite zu machen. Derzeit läuft die Vernehmlassung des Steuergesetzes mit exakt diesen zwei Massnahmen. Sobald alle Antworten vorliegen, entscheiden wir über das weitere Vorgehen.

Die CVP fordert ein «mehrheitsfähiges Einnahmen-

pakete». Können Sie sich das derzeit vorstellen? Die Forderung wurde im Parlament nicht konkretisiert. Deshalb werde ich nun bei den verschiedenen Parteien klären, welche konkreten Vorstellungen bestehen. Danach lässt sich abschätzen, ob sich die Regierung und der Kantonsrat auf einen gemeinsamen Nenner einigen können.

Aus der politischen Mitte ertönt immer öfter der Ruf, man müsse auch wieder einmal über einen höheren Steuerfuss reden können. Die Stimmbürger haben sich im Mai gegen höhere Steuern ausgesprochen. Die darauf folgende Volksbefragung hat gezeigt, dass die Finanzen auf der Ausgaben-seite zu sanieren sind. Das heisst: Wir müssen weiter sparen.

Ist denn eine Diskussion über höhere Steuern vor den Wahlen 2019 realistisch? Es gilt, den Volksentscheid vom

Mai zu akzeptieren. Wir werden höhere Steuern sachlich diskutieren, wenn wir die Entwicklung auf der Aufwand- und Ertragsseite abschätzen können. Es gilt

«Die ewig gleiche Leier der Linken bringt den Kanton keinen einzigen Schritt vorwärts.»



Marcel Schwerzmann
Luzerner Finanzdirektor

das Prinzip «nicht mehr Geld ausgeben als einnehmen».

Die SVP sagt, im Kanton Luzern sei noch gar nie massiv gespart worden. Verstehen Sie das als Aufforderung, demnächst so richtig einschneidende Sparvorschläge zu machen?

Die Regierung wird nun in Kenntnis der Diskussionen und Entscheidungen des Kantonsrats ihre Vorschläge ausarbeiten und zu gegebener Zeit präsentieren.

Welche Erwartungen in den kommenden Jahren haben Sie an CVP, SVP und FDP, die mit ihrem Schulterschluss für ein Ja zum Budget 2018 gesorgt haben?

Ich erwarte vom Kantonsrat, dass er die finanzpolitischen Leitplanken für die nächsten Jahre vorgibt. Das gibt der Regierung die Möglichkeit, mehrheitsfähige Vorlagen auszuarbeiten. CVP, SVP und FDP haben vor der Bud-

getdebatte hervorragende Arbeit geleistet. Ich lade die Linksparteien ein, konstruktiv mitzudiskutieren und sich mehr auf die realen Gegebenheiten als auf Ideologisches zu konzentrieren.

Für die Linke sind Sie Zielscheibe und Blitzableiter zugleich. Wie gehen Sie mit der harten Kritik um?

Die ewig gleiche Leier der Linken bringt den Kanton keinen einzigen Schritt vorwärts. Im Gegenteil: Ihr Credo, dass die Steuerpolitik scheitern möge, kann nicht im Sinne der Menschen sein, die in diesem Kanton leben und ihren Pflichten nachkommen. Von Parteien, die so laut und hart kritisieren, erwarte ich gleichzeitig konstruktive Vorschläge. Damit würden sie auch Verantwortung mittragen und nicht nur Macht anstreben.

Hinweis
Das Interview musste schriftlich geführt werden.

Zahl der Hilferufe nimmt zu

Sorgentelefon Beim Sorgentelefon 143 der Dargebotenen Hand Zentralschweiz hat die Zahl der Hilferufe seit Oktober deutlich zugenommen. In den letzten Monaten seien 1120 bis 1200 Anrufe registriert worden, teilte die Organisation mit. Das entspreche einem Plus von 13 Prozent. Insbesondere gegen Jahresende nehme die Zahl der Anrufe spürbar zu, teilt die Dargebotene Hand mit. Viele Menschen fühlen sich in der Weihnachtszeit einsam, spürten Frust, Trauer oder Ärger, teilt die Dargebotene Hand mit.

Im vergangenen Jahr haben sich 14000 Personen bei der Dargebotenen Hand Zentralschweiz gemeldet. «Wir gehen davon aus, dass wir dieses Jahr eine Zunahme von 6 bis 8 Prozent per Ende Jahr ausweisen werden», so Rüttschi. (red)

Budget: Tadel für späte Reaktion

Obwalden Der Kanton Obwalden wird ab nächstem Jahr beim nationalen Finanzausgleich (NFA) zum Geberkanton. Das hat finanzielle Folgen: Im Budget 2018 rechnet die Regierung mit einem Defizit von 9,5 Millionen Franken. Ab 2019 soll die Rechnung um total 40 Millionen Franken entlastet werden – unter anderem mit einer Steuererhöhung.

Im Kantonsrat wurde die Regierung gestern dafür kritisiert, dass sie zu spät auf den Rollenwechsel vom Nehmer- zum Geberkanton beim NFA reagiert habe. FDP-Kantonsrat Branko Balaban beantragte die Rückweisung des Budgets. Vor allem die geplante Steuererhöhung um 10 Prozent war ihm ein Dorn im Auge. «Ich kann da nicht dahinterstehen», sagte Balaban.

Unterstützt wurde sein Rückweisungsantrag einzig von der SVP. Monika Rüegger beklagte, ihre Partei sei in den letzten drei Jahren mit ihren Sparvorschlügen «nicht ernst genommen worden». Mit 38 zu 14 Stimmen lehnte das Parlament den Rückweisungsantrag ab. Auch alle Änderungsanträge fanden keine Mehrheit im Rat. (mvr)

Sirene warnt neu vor Dambruch

Obwalden In den Gemeinden Sarnen, Kerns und Flüeli-Ranf wird beim nächsten Sirenenentwurf im Februar erstmals ein Wasseralarm zu hören sein. Denn die beiden Stauseen auf der Melchsee-Frutt, der Tannensee und der Melchsee, sind neu mit einem Wasseralarm ausgerüstet. Die Bevölkerung soll so bei einem Notfall mit drohendem oder unkontrolliertem Abfluss rechtzeitig gewarnt werden.

Gefährlicher seien die Anlagen nicht geworden, sagt Ewald Degelo, Leiter des Zivilschutzes Obwalden. «Die Stauanlagen werden rund um die Uhr überwacht und sind entsprechend sicher.» Der Grund für die Aufrüstung liege in der Zuständigkeit, die vom Militär an das Bundesamt für Energie übergang. Dieses beauftragte den Kanton Obwalden, einen Wasseralarm einzurichten. Die Bevölkerung wurde mit Merkblättern versorgt. (map)

Ernesto Piazza
ernesto.piazza@luzernerzeitung.ch

Tunnelbau verzögert sich

Küssnacht Der Tunnelvortrieb für die Südumfahrung wird erst nächstes Jahr wieder aufgenommen. Dank geschickter Planung sollen sich die Auswirkungen auf den Eröffnungstermin in Grenzen halten.

Edith Meyer
zentralschweiz@luzernerzeitung.ch

Die Ausbrucharbeiten am Tunnel der Südumfahrung Küssnacht sind nach zwei unerwarteten Ereignissen weiterhin unterbrochen. Mitte Juli zwang ein Wassereintritt die Bauarbeiter, den Tunnelvortrieb vorübergehend einzustellen. Die Ausbrucharbeiten für den 500 Meter langen Tunnel Burg wurden von der Nord- auf die Südseite verlegt. Anfang September wurden die Arbeiten wieder aufgenommen, mussten aber am 20. September auf der Seite Rämatt erneut gestoppt werden.

Über dem Vortrieb senkte sich eine Sandlinse, und es entstand im Erdboden ein acht Meter tiefes Loch mit einem Durchmesser von fünf Metern. Zwar hätten die beiden Vorfälle jeweils unterschiedliche Ursachen, heisst es von Seiten des Baudepartements des Kantons Schwyz. Beiden gemeinsam seien jedoch die komplexen geologischen Bedingungen, die aufwendige Massnahmen und Spezialarbeiten zur Folge hätten.

Halbte des bergmännischen Teils ist bewältigt

Nun sollen mit technischen Massnahmen die Voraussetzungen geschaffen werden, damit der Tunnelvortrieb wieder aufgenommen werden kann. «Wenn alles gut geht und alle Bedingungen erfüllt sind, könnte das Mitte Februar sein», sagt Oberbauleiter Kurt Waber. Und: «Die Eröffnung der Umfahrungsstrasse erscheint



Oberbauleiter Kurt Waber vor dem Nordportal der Südumfahrung Küssnacht.

Bild: Edith Meyer (6. Dezember 2017)

weiterhin im Jahr 2019 möglich.» Bei der Südumfahrung wurde nämlich bereits die Hälfte des Ausbruchs des 348 Meter langen bergmännischen Teils des Tunnels Burg bewältigt.

Nun wird auf der Nordseite das vorhandene Grundwasser abgeleitet. Auf beiden Tunnelseiten wird zudem der Firstbereich mit Spezialbohrungen verfestigt, um lokale Instabilitäten auszu-schliessen. Diese Arbeiten werden vermessungstechnisch und geologisch intensiv begleitet.

Wie sich der Unterbruch der Tunnelarbeiten auf den Zeitplan auswirken werde, lasse sich noch nicht abschliessend beantworten, so Waber. Die Wiederaufnahme der Ausbrucharbeiten hängt auch von der Verfügbarkeit der Firmen ab, welche die Spezialbohrungen ausführen. «Die Mineure beschäftigen sich bis dann mit Betonarbeiten.»

Um die Auswirkungen auf den Terminplan möglichst gering zu halten, wurden Arbeiten verzogen, die ursprünglich später

vorgesehen waren. «Seit Ende Oktober wird am Lückenschluss gearbeitet. Der Tagbautunnel wird noch vor Weihnachten fertiggestellt», sagt Waber. Damit schliesse sich die Lücke in der Baugrube bei der Seebodenstrasse früher als geplant Ende Jahr. Dann wird die Betonverkleidung der bereits ausgebrochenen Tunnelhälfte zwischen der Seebodenstrasse und der Hofstrasse betoniert. Die Arbeiten erfolgen tagstüber und dauern bis Ende Februar. «Natürlich hätten wir ger-

ne Ende Jahr den Durchschlag gehabt», sagt Waber. «Aber das ist höhere Gewalt.»

Der zweimalige Unterbruch der Tunnelarbeiten und die zusätzlichen Sicherungsmassnahmen führen zu Mehrkosten. Diese lassen sich laut dem Oberbauleiter aber noch nicht beziffern. Nach heutigem Kenntnisstand werde der bewilligte Kredit eingehalten. Für den Abschnitt I der Südumfahrung wurden für die Strasse 120 Millionen Franken veranschlagt.

Inwil zügelt zur Spitex Hochdorf

Spitex Im Rahmen einer Situationsanalyse habe sich der Gemeinderat Inwil unterschieden, die Spitex-Organisation auf 1. Januar 2019 zu wechseln, schreibt er in einer Medienmitteilung. Das bedeutet: Die Spitex Hochdorf und Umgebung bekommt für die ambulanten Pflegeleistungen und die Hauswirtschaft einen neuen Versorgungsauftrag. Bis Ende 2018 wird dieser noch von der Spitex Rontal Plus umgesetzt.

Für den Wechsel seien strategische Überlegungen in den Bereichen Gesundheit und Soziales massgebend gewesen. So ist die Kommune vom Regierungsrat in der Planregion Seetal eingeteilt. «In den letzten Jahren wurde die Zusammenarbeit in den Bereichen Soziales, Gesundheit und Pflege zwischen Inwil und der Region Seetal stetig vertieft», so Heidi Rohrer, Gemeinderätin von Inwil. Mit der Beteiligung an der Residio AG hat sich diese Ausrichtung nochmals verstärkt. Seit September gehört Inwil zu den Aktionärinnen des Hochdorfer Alters- und Pflegeheims.

Spitex Rontal plus bedauert den Weggang

Für den Präsidenten der Spitex Hochdorf, Gemeinderat Daniel Rüttimann, «ist die zusätzliche Aufgabe in Inwil interessant» und «eine Bestätigung für die Qualität der Spitex Hochdorf». «Nachvollziehbar, logisch und sinnvoll» sind die Beweggründe für Martina Egli, Geschäftsleitung Spitex Rontal plus. Trotzdem bedauere man den Weggang. (ep)

Gratulation

90. Geburtstag

Surse Bei bester Gesundheit darf Fridolin Lötscher-Kneubücher in seinem Zuhause in Sursee morgen Freitag seinen 90. Geburtstag feiern. Gemeinsam mit der Familie gratulieren wir ganz herzlich. (red)

Hochdorf erhält ein medizinisches Zentrum

Gesundheit Mit einer Gemeinschaftspraxis wollen Hausärzte, Fachärzte und weitere Spezialisten Engpässen bei der medizinischen Grundversorgung vorbeugen. Möglich ist gar der Ausbau zu einer Permanence.

Hochdorf rüstet medizinisch auf. Mitte 2019 soll der Seetaler Hauptort ein Ärztezentrum bekommen. Geplant ist eine Gemeinschaftspraxis mit Haus- und Fachärzten sowie weiteren Spezialisten. Das dazu benötigte Land gehört der Stiftung Sonnmatt. Die Baugenossenschaft Bellevue wird es von ihr käuflich erwerben. Das garantiert eine langfristige Kooperation mit der neuen Ärztebetriebsgesellschaft sowie mit der Residio AG – dem Hochdorfer Alters- und Pflegeheim. Zu ihm gehören das an der Peripherie des Dorfes gelegene Haus Rosenhügel und das Haus Sonnmatt. Das Ärztezentrum wird nur unweit entfernt von letzterem gebaut. Auf drei Etagen sind auch Wohnungen geplant.

Mit dem Zentrum schlagen die Initianten mit einer Klappe mehrere Fliegen. Davon ist der Leiter der Projektgruppe Daniel Rüttimann jedenfalls überzeugt. Der für das Ressort Soziales und Gesundheit zuständige Gemeinderat sagt: «Die Gemeinschaftspraxis deckt ein grosses Bedürfnis vieler Beteiligter ab.»

Ein beliebtes Modell für viele junge Ärzte

In den nächsten Jahren gehen in Hochdorf einige allgemein praktizierende Mediziner in Pension. Oft sei die Nachfolgeregelung für sie schwierig oder gar nicht zu lösen, erklärt Rüttimann. Deshalb entschied sich der Gemeinderat Ende 2016 auch, die künftige ärztliche Versorgung bewusst zu verzögern. Gleichzeitig wurde Cornel Raess aktiv. Er ist Hausarzt und leitet seit rund fünf Jahren die Gemeinschaftspraxis am Lindenbergr AG in Hitzkirch. Er suchte in vielen Gesprächen in den Hochdorfer Allgemeinmedizinern nach einer Lösung. Diese drängte sich auf, weil viele Patienten, die dort keinen Hausarzt mehr finden konnten, sich in



Die Baumeister (von links): Bruno Kiener, Othmar Betschart, Cornel Raess und Daniel Rüttimann.

Bild: Pius Amrein (Hochdorf, 6. Dezember 2017)

Hitzkirch meldeten. Raess wird auch die neue Betriebsgesellschaft in Hochdorf leiten, selber aber weiterhin in Hitzkirch praktizieren. Von diesem neuen medizinischen Zentrum verspricht er sich auch einen gegenseitigen Austausch – beispielsweise bei der Abdeckung von Notfalldiensten.

Raess ist überzeugt davon, dass das Projekt zum Erfolg wird. Es gebe junge Ärzte, die genau ein solches Modell suchten – nämlich selbstständig arbeiten und sich gleichzeitig finanziell an einer AG beteiligen. Die Betriebsgesellschaft der Gemeinschaftspraxis wird privatwirtschaftlich unter Leitung der mitarbeitenden Ärzte geführt, allenfalls unterstützt durch weitere Teilhaber. Raess erklärt: «Jeder, der mitmacht, kann sich beteiligen. Ein Zwang be-

steht jedoch nicht.» Die Aktienmehrheit obliegt aber den im Zentrum arbeitenden Ärzten.

Zieht kardiologische Praxis auch ins Zentrum ein?

Hans Frey und Gabor Kenesei haben sich als erste Hochdorfer Allgemeinmediziner entschieden, dort einzuziehen. Gespräche mit Fachspezialisten seien ebenfalls geführt worden, so Raess. Eine Option sei, dass die kardiologische Praxis Herzclinic ebenfalls ins Zentrum einzieht, sagt Projektgruppenleiter Rüttimann. Seit Juni hat sie Räume im Hochdorfer Seetal-Center bezogen. Unterstützt wird das Projekt zudem von juristischen und baulichen Fachleuten.

Die Stiftung Sonnmatt hatte das Grundstück im Jahr 2013 er-

worben. Im Vordergrund stand damals, für die Residio AG eine Landreserve zu schaffen. Ein konkretes Projekt sei zum Zeitpunkt des Kaufs noch nicht vorhanden gewesen, sagt Stiftungspräsident Othmar Betschart.

Mit dem Projekt soll die ärztliche Versorgung der Bewohner der Häuser Sonnmatt und Rosenhügel sichergestellt werden, aber auch die medizinische Versorgung mit Hausärzten und Spezialisten in Hochdorf und der Region erreicht werden. «Weiter wird den anstehenden baulichen Bedürfnissen der Residio AG, für teilbetreutes Wohnen Platz zu schaffen, Rechnung getragen», so Betschart. Zudem besteht die Idee für einen Notfalldienst im Sinne einer Permanence für die gesamte Region.

Behördenfehler sorgt für monatelangen Baustopp

Silenen Die Urner Justizdirektion hat entschieden, dass ein Anbau nicht fertiggestellt werden darf, obwohl dieser von der Gemeinde bewilligt worden war. Schuldig fühlen sich weder kantonale noch kommunale Behörden.

Die Familie wird grösser und mit ihr sollte auch das Wohnhaus in Silenen wachsen. Das Ehepaar Gnos beabsichtigte, das Haus mit einem Anbau zu ergänzen. Der Plan schien aufzugehen: Am 10. November 2016 erhielt die Familie die Baubewilligung, im März 2017 begannen die Arbeiten.

Doch der Anbau wurde bis heute nicht fertiggestellt. Vor dem Meierturm aus dem 13. Jahrhundert steht ein unvollendetes Bauwerk. Ob die Pläne überhaupt noch realisiert werden können, ist unklar. Statt mehr Platz hat die Familie vor allem eines: Ärger. Das Undenkbare geschah kurz vor Ostern. Als der Anbau bereits zu vier Fünfteln fertiggestellt war, erhielt das Ehepaar einen Telefonanruf: Die Justizdirektion verlange einen sofortigen Baustopp, wurde via Baukommission Silenen ausgerichtet.

Dem Ortsbild von Silenen, insbesondere jenem Dorfteil, in dem das Haus der Familie Gnos steht, komme eine grosse kulturhistorische Bedeutung zu, sagt die Urner Justizdirektorin Heidi Z'graggen auf Anfrage unserer Zeitung. «Die besondere Lage im Dörfli Silenen bringt es mit sich, dass auf dieser Bauparcelle erhöhte Anforderungen an Bauvorhaben hinsichtlich der Lage, des Volumens, der Gestaltung, der

Materialisierung und der Farbgebung an Bauvorhaben zu stellen sind.» Dies sei auch in der Bau- und Zonenordnung von Silenen aufgeführt. Der Dorfkerne befinde sich im Bundesinventar der schützenswerten Ortsbilder. Da der Anbau das Ortsbild und die benachbarten Schutzobjekte – dazu zählen der Meierturm und die Vierzehn-Nothelfer-Kapelle – nachhaltig verändere, sei die sofortige Einstellung der Bauarbeiten verlangt worden.

Kanton verweigerte die Baubewilligung

Offensichtlich ist bei der Kommunikation einiges schiefgelaufen. Heidi Z'graggen stellt klar: «Die Abteilung Natur- und Heimatschutz hat das aktuelle Bauvorhaben im Rahmen des offiziellen Baubewilligungsverfahrens 2016 beurteilt.» Nach Rücksprache mit der Kommission sei die Abteilung zum Schluss gekommen, dass der Anbau das Ortsbild beeinträchtigt und somit keine Baubewilligung erteilt werden könne. «Dies wurde der Baubehörde von Silenen schriftlich mitgeteilt.» Denen hätten zwei Treffen stattgefunden zwischen der Bauherrschaft und einer Delegation der Kommission für Natur- und Heimatschutz. Dabei seien Lösungsvo-



Für den Anbau zwischen den beiden Gebäuden wurde ein Baustopp verfügt.

Bild: Urs Hanhart (Silenen, 5. Dezember 2017)

schläge aufgezeigt worden, wie den Schutzinteressen hätte entsprochen werden können. «Die Delegationen gingen auseinander mit dem Ersuchen auf Rückmeldung zu den Vorschlägen», so Z'graggen. Später sei festgestellt worden, dass der Anbau ohne Rückmeldung an die Kommission erstellt wurde.

Auf Nachfrage heisst es bei der kommunalen Baukommission, man habe keine Kenntnisse darüber gehabt, dass die erteilte Baubewilligung speziell der Natur- und Heimatschutzkommission hätte mitgeteilt werden müssen. Das Bagugesuch sei zuerst

standardmässig an die kantonale Koordinationsstelle übergeben worden. Man sei davon ausgegangen, dass die Kommission der kantonalen Baubehörde lediglich beratend zur Seite stehe und keine Entscheidungsgewalt innehaben. Die Silener Baukommission stellt klar: «Während der ordentlichen Baubewilligungsfrist wurde das Projekt profiliert und im Amtsblatt publiziert. Dabei sind von der Öffentlichkeit keine Einsprachen eingegangen.»

Familie Gnos bestärkt die Gespräche mit der kommunalen Baubehörde und der Natur- und Heimatschutzkommission. Das

Ehepaar macht aber auch deutlich: «Wir hatten eine rechtskräftige Baubewilligung. Wir haben nichts falsch gemacht. Aber jetzt müssen wir sogar damit rechnen, dass der Anbau wieder weggerissen wird.»

Mit dem Heimatschutz hatte die Familie Gnos bereits während der Planung ihres Wohnhauses in den Jahren 2011 bis 2014 zu tun. Die Auflagen seien streng gewesen: «Bis wir mit Bauen beginnen konnten, ging es vier Jahre, und uns sind damals erhebliche Mehrkosten entstanden.»

Externe Experten sollen Lösung suchen

Wer für einen Rückbau des Anbaus und die Kosten aufkommen muss, steht zum jetzigen Zeitpunkt nicht fest. Man stehe mit den Bauherren im Kontakt, so Heidi Z'graggen. «Mit einem verwaltungsexternen Fachexperten suchen die Beteiligten nach einer Lösung für einen Anbau, der mit den Schutzzielen in Einklang steht.» Immerhin ein wenig Hoffnung für die junge Familie Gnos: «Wir sind froh, dass man zu Lösungen bereit ist, und hoffen, dass wir bis Ende Jahr endlich Klarheit haben.»

Florian Arnold
florian.arnold@urnerzeitung.ch